

Was Deutschland tun muss, um die Kinderrechte umzusetzen



Abschließende Bemerkungen des UN-Kinderrechtsausschusses
zum 5. und 6. Staatenbericht Deutschlands in Einfacher Sprache



NETZWERK ZUR UMSETZUNG DER
UN-KINDERRECHTSKONVENTION
NATIONAL COALITION DEUTSCHLAND

Inhalt

Einleitung

- 3  Was sind Kinderrechte?
- 3  Wie wird die Umsetzung der Kinderrechte überprüft?

Hausaufgaben für Deutschland

- 5  Die wichtigsten Hausaufgaben für Deutschland
- 6  Schutz vor Gewalt
- 7  Kinderschutz im digitalen Umfeld
- 8  Familie und andere Fürsorge
- 9  Gesundheit
- 10  Bildung
- 11  Spiel und Freizeit
- 11  Flucht und Migration
- 12  Meinung und Beteiligung
- 13  Diskriminierung
- 14  Wohl des Kindes
- 14  Kinder und Jugendliche mit Behinderung
- 15  Armut und soziale Sicherheit
- 15  Umwelt
- 17  Politische Maßnahmen

Hinweis zum Lesen des Textes:

Wir wollen in diesem Heft alle Menschen ansprechen. Deshalb verwenden wir den sogenannten Gender-Stern (*). Du findest dieses Zeichen zum Beispiel bei Wörtern wie Schüler*innen. Mit dem Stern sollen auch die Menschen angesprochen werden, die sich nicht nur als weiblich oder männlich bezeichnen.

Impressum

Einleitung

Was sind Kinderrechte?

Alle Menschen unter 18 Jahren haben besondere Rechte: die Kinderrechte! Dazu gehören ganz besondere Schutz-, Förder- und Beteiligungsrechte:

- Schutzrechte schützen Kinder und Jugendliche zum Beispiel vor körperlicher und seelischer Gewalt.
- Förderrechte sorgen dafür, dass Kinder und Jugendliche gesund aufwachsen und sich gut entwickeln können.
- Beteiligungsrechte fordern, dass Kinder und Jugendliche gehört werden müssen und ihre Meinung beachtet werden muss.

Die Versammlung der Vereinten Nationen hat diese Kinderrechte in der sogenannten Kinderrechtskonvention aufgeschrieben. Die Kinderrechtskonvention ist eine Art Vertrag. Darin steht, welche Rechte Kinder haben. Fast alle Länder der Welt haben diesen Vertrag unterschrieben. Mit der Unterschrift versprechen die Länder, alle Kinder zu schützen und ihre Rechte umzusetzen. Seit dem Jahr 1992 gilt die Kinderrechtskonvention auch in Deutschland.



Was sind die Vereinten Nationen?

Die Vereinten Nationen wurden im Jahr 1945 gegründet. Sie setzen sich zum Beispiel für Frieden, Sicherheit und Menschenrechte ein. Fast alle Länder der Welt sind Mitglieder in der Versammlung der Vereinten Nationen. Auf Englisch heißen sie "United Nations" und werden deshalb oft mit „UN“ abgekürzt.

Wie wird die Umsetzung der Kinderrechte überprüft?

Fast alle Länder der Welt haben die Kinderrechtskonvention unterschrieben und möchten die Kinderrechte umsetzen. Der sogenannte Kinderrechtsausschuss überprüft, wie gut das in den einzelnen Ländern klappt. Die Mitglieder dieser Arbeitsgruppe tauschen sich regelmäßig mit Regierungen und Kinderrechtsorganisationen sowie Kindern und Jugendlichen aus. Die Regierungen und Kinderrechtsorganisationen und auch Kinder und Jugendliche schreiben dazu Berichte für den Kinderrechtsausschuss. In diesen Berichten steht, was zur Verwirklichung der Kinderrechte getan wurde und wo es Probleme gibt. So überprüft der Kinderrechtsausschuss, was aktuell bereits für die Umsetzung der Kinderrechte gemacht wird und was für die Zukunft noch fehlt.

Was ist der Kinderrechtsausschuss?

Der Kinderrechtsausschuss ist eine Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen. Er besteht aus 18 Expert*innen für Kinderrechte. Seine Aufgabe ist es, die Situation der Kinderrechte weltweit zu prüfen und zu bewerten. Die Arbeitsgruppe gibt auch Empfehlungen, wie Länder die Kinderrechte am besten umsetzen können.

Der Kinderrechtsausschuss hat noch eine weitere Aufgabe. Er nimmt Kinderrechte-Beschwerden entgegen: Wenn Kindern und Jugendlichen in ihrem Land nicht geholfen wird, dann können sie dem Ausschuss schreiben. Dort können sie sich beschweren, dass ihre Kinderrechte verletzt oder nicht genug beachtet werden. Eine solche Beschwerde erhielt der Ausschuss zum Beispiel im Jahr 2019 von 16 Kindern aus verschiedenen Ländern zum Thema Klimaschutz.



Staatenbericht

Deutschland hat die Kinderrechtskonvention unterzeichnet und verpflichtet sich, die Kinderrechte in Deutschland zu verwirklichen. Dafür muss die Bundesregierung regelmäßig über Fortschritte und Schwierigkeiten bei der Umsetzung berichten. Dafür schreibt sie einen Bericht, den sogenannten Staatenbericht.



Ergänzender Bericht

Es gibt einen weiteren Bericht, um noch besser einzuschätzen, wie die Kinderrechte umgesetzt werden. Dieser Ergänzende Bericht wird von der Zivilgesellschaft geschrieben. Zur Zivilgesellschaft gehören vor allem nichtstaatliche Organisationen, zum Beispiel Vereine, Verbände und Initiativen.



Kinderrechtebericht

Zur Zivilgesellschaft gehören auch Kinder und Jugendliche. Deshalb gibt es in Deutschland seit 2010 einen weiteren Bericht: den sogenannten Kinderrechtebericht. Er beschreibt, wie Kinder und Jugendliche aus ihrer Sicht die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention bewerten.

Der Kinderrechtsausschuss wertet die verschiedenen Berichte aus. Danach schreibt der Ausschuss Empfehlungen auf, wie die Kinderrechte in Zukunft noch besser beachtet werden können. Diese Empfehlungen heißen "Abschließende Bemerkungen". Darin steht, was ein Land noch tun muss, um die Kinderrechte vollständig umzusetzen. Das kann man sich so ähnlich vorstellen wie Hausaufgaben, die das Land erledigen muss. Die letzten Empfehlungen für Deutschland hat der Kinderrechtsausschuss im September 2022 veröffentlicht. In diesem Heft erklären wir die Empfehlungen und fassen die wichtigsten Hausaufgaben zusammen.

Hausaufgaben für Deutschland

Die wichtigsten Hausaufgaben für Deutschland

Der UN-Kinderrechtsausschuss fordert, dass sich Deutschland besonders bei diesen Themen stärker um die Kinderrechte kümmert:



- Gewalt gegen Kinder
- Kinder, die nicht bei ihren Familien leben
- Gesundheit
- Bildung
- Asylsuchende, geflüchtete und von Migration betroffene Kinder und Jugendliche
- Beteiligung von Kindern an Kriegen und anderen bewaffneten Konflikten

Die Bundesregierung muss Kinder und Jugendliche besser beteiligen bei allen Aktivitäten, mit denen die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung erreicht werden sollen. Das gilt besonders für Nachhaltigkeitsziele, welche die Rechte von Kindern direkt betreffen.

Was sind die Ziele für eine nachhaltige Entwicklung?

Die Vereinten Nationen haben im Jahr 2015 die sogenannte Agenda 2030 beschlossen. In diesem Plan haben die Regierungen der Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen insgesamt 17 Ziele vereinbart, die sie bis zum Jahr 2030 umsetzen möchten: Auf Englisch heißen sie Sustainable Development Goals und werden deshalb oft als SDG abgekürzt.

Diese Nachhaltigkeitsziele nützen zum Beispiel dem Schutz des Planeten, bekämpfen Armut und fördern den Frieden. Damit ein gutes Leben für möglichst viele Menschen heute und in der Zukunft möglich ist.

Das sind alle 17 Ziele:



Schutz vor Gewalt

In der Kinderrechtskonvention steht, dass Kinder vor Gewalt geschützt werden müssen: Zuhause, in der Schule, im Internet und überall, wo sie sich aufhalten. Diese Gewalt kann ganz unterschiedliche Formen haben. Kinder und Jugendliche dürfen nicht körperlich oder psychisch misshandelt, missbraucht, ausgenutzt oder vernachlässigt werden.

In Deutschland gibt es bereits verschiedene Gesetze zur Verhinderung von Gewalt gegen Kinder. Trotzdem gibt es immer noch zu viel Gewalt gegen Kinder. Vor allem online gibt es viel Gewalt, zum Beispiel über die sozialen Medien und das Internet. Deswegen fordert der Kinderrechtsausschuss Deutschland auf, noch mehr für den Schutz von Kindern vor Gewalt zu tun.



Konkrete Hausaufgaben für Deutschland sind zum Beispiel:

1. Es soll ein bundesweiter Plan zur Überwachung, Aufdeckung und Verhinderung von Gewalt gegen Kinder erarbeitet werden. Damit sollen Kinder vor allen Formen von Gewalt geschützt werden. Das betrifft auch die Gewalt unter Kindern. Es ist wichtig, dass dabei die Bundesländer, Städte und Gemeinden zusammenarbeiten und Kinder beteiligt werden.
2. Es muss Schulungen geben für Fachleute, die mit und für Kinder arbeiten. Das sind zum Beispiel Lehrkräfte oder Erzieher*innen. Ziel dieser Schulungen ist es, dass diese Fachleute Gewalt erkennen und passend zur Situation darauf reagieren.
3. Es soll mehr Maßnahmen geben, mit denen Gewalt gegen Kinder verhindert wird. Zusätzlich muss es mehr Aufklärung dazu geben, wie man mit Kindern und Jugendlichen positiv und gewaltfrei umgehen kann und ihnen dabei mehr Möglichkeiten zum Mitbestimmen gibt.
4. Das Mindestalter für den Eintritt in die Bundeswehr soll auf 18 Jahre angehoben werden. Außerdem darf es keine Werbung für den Militärdienst geben, die sich speziell an Kinder und Jugendliche richtet, besonders nicht an Schulen.
5. Es muss ein Verbot für die Lieferung von Waffen geben an Länder, in denen Kinder vielleicht als Soldaten in Kriegen beteiligt sind.

Kinderschutz im digitalen Umfeld



Kinder und Jugendliche verbringen jeden Tag viel Zeit mit digitalen Medien am Smartphone und im Internet. Dabei gibt es für sie auch Gefahren, die unbedingt beachtet werden müssen. In der Kinderrechtskonvention steht, dass Kinder und Jugendliche einen Zugang zu Medien haben sollen. Sie haben ein Recht auf Meinungsfreiheit und Information. Und gleichzeitig müssen Kinder in der digitalen Welt geschützt werden. Das bedeutet: Alle Kinderrechte gelten auch in der digitalen Welt.

Konkrete Hausaufgaben für Deutschland sind zum Beispiel:

1. Die Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz soll technisch gut ausgestattet werden. Außerdem braucht sie für ihre Arbeit ausreichend Geld und Personal. Sie soll Vorschriften und Schutzmaßnahmen erarbeiten, um die Rechte, die Privatsphäre und die Sicherheit von Kindern zu beschützen, wenn sie das Internet nutzen. Dabei geht es zum Beispiel um gefährliche Inhalte wie Gewalt und Pornographie auf Internetseiten.
2. Die digitalen Fähigkeiten von Kindern, Eltern und Lehrkräften sollen verbessert werden. Zum Beispiel sollen Kinder und Jugendliche den richtigen Umgang mit Smartphone und Computer im Schulunterricht üben und dabei die Risiken im Internet kennenlernen.

Was ist die Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz?

Kinder- und Jugendmedienschutz hat die Aufgabe, Kinder und Jugendliche über die Gefahren beim Nutzen von Medien aufzuklären und sie vor diesen Gefahren zu schützen. Die Bundesregierung hat eine eigene Behörde für den Kinder- und Jugendmedienschutz, kurz BzKJ. Die BzKJ prüft zum Beispiel, welche Medien gefährlich für Kinder und Jugendliche sind. Sie fördert außerdem Projekte, die einen kinderfreundlichen Zugang zum Internet ermöglichen.

Familie und andere Fürsorge

Kinder und Jugendliche sollen an einem Ort leben und aufwachsen, an dem sie sich wohlfühlen. Aber nicht alle Kinder können bei ihren Eltern und Familien wohnen. Manche Familien schaffen es nicht, die Kinder gut zu versorgen. Dann können die Kinder oder Jugendlichen in einem Heim oder bei Pflegefamilien leben. Sie bekommen also eine andere Fürsorge.

Immer mehr Kinder und Jugendliche in Deutschland leben in Heimen und Pflegefamilien. Der Kinderrechtsausschuss fordert deshalb, dass die Qualität dieser Unterbringung überall in Deutschland gleich gut sein soll.

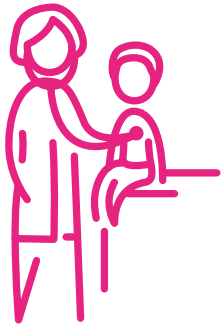


Was ist eine Pflegefamilie?

Manchmal können Kinder nicht bei ihren eigenen Eltern leben, weil die Eltern nicht richtig für sie sorgen können. Zum Beispiel, wenn die Eltern Drogen nehmen, sie psychisch krank sind oder die Kinder durch sie Gewalt erleben. Dann können die Kinder für einige Zeit bei einer Pflegefamilie wohnen. Das Jugendamt sucht die Pflegefamilien aus. Die Pflegefamilie betreut und erzieht das Kind.

Konkrete Hausaufgaben für Deutschland sind zum Beispiel:

1. Eltern sollen bei der Kindererziehung gefördert und unterstützt werden. Das gilt besonders, wenn sie getrennt leben oder alleinerziehend sind.
2. Die Jugendämter sollen überall in Deutschland gute Angebote haben, die Familien leicht nutzen können.
3. Die Unterbringung von Kindern und Jugendlichen in Pflegefamilien soll weiter gestärkt werden. Dafür soll es einheitliche Regeln geben, damit die Kinder und Jugendlichen möglichst lange in der gleichen Familie bleiben können.
4. Kinder sollen immer bei Entscheidungen zu ihrer Unterbringung in alternativer Fürsorge angehört werden. Zum Beispiel, wenn sie in eine Pflegefamilie oder in ein Heim kommen sollen. Ihre Meinung ist dabei wichtig und muss ernst genommen werden. Auch während ihrer Unterbringung müssen Kinder und Jugendliche angehört werden und ihre Sicht muss respektiert werden.



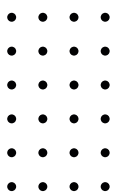
Gesundheit

Kinder und Jugendliche sollen möglichst gesund leben und aufwachsen. Das bedeutet: Sie brauchen zum Beispiel gesundes Essen, sauberes Trinkwasser und eine gute medizinische Versorgung. Zum Recht auf Gesundheit gehört aber auch die seelische Gesundheit. Seelisch gesund sein heißt, sich wohl und stark zu fühlen und positive Gedanken zu haben. Denn nur wer sich gut fühlt, ist auch gesund und kann sich gut entwickeln.

Der Kinderrechtsausschuss macht sich Sorgen darum, dass zu viele junge Menschen in Deutschland mit Alkohol, Zigaretten und Drogen in Berührung kommen. Außerdem werden immer mehr Kinder krank, weil sie übergewichtig sind. Ein weiteres Problem für den Kinderrechtsausschuss ist, dass nicht alle Kinder einen Zugang zu passender medizinischer Versorgung haben.

Konkrete Hausaufgaben für Deutschland sind zum Beispiel:

1. Es muss in Deutschland mehr Kinderärzt*innen geben, damit alle Kinder eine sehr gute medizinische Versorgung bekommen. Das betrifft besonders Kinder in ländlichen Gebieten und Kinder in schwierigen Lebenssituationen, zum Beispiel Kinder aus Familien mit wenig Geld oder Kinder mit Behinderungen.
2. Die Gesundheitsversorgung für geflüchtete Kinder muss verbessert werden.
3. Kinder sollen stärker vor Zigaretten- und Alkoholwerbung geschützt werden.
4. Jugendliche mit einer Computerspiel-Sucht oder einer anderen Online-Sucht müssen passende Unterstützungsangebote bekommen.
5. Kinder sollen möglichst ohne Sorgen und Probleme aufwachsen. In Schulen, Heimen und anderen Einrichtungen für Kinder und Jugendliche muss es Beratungsangebote geben, damit Probleme verhindert werden können. Wenn Kinder psychische Probleme haben, dann sollen sie selbst, ihre Eltern und Lehrkräfte eine passende Unterstützung bekommen.
6. Es muss ein Gesetz geben, das Kinder schützt, die sich nicht klar als Mädchen oder Junge bezeichnen wollen.



Bildung

Alle Kinder und Jugendlichen haben ein Recht zu lernen und sollen dafür die gleichen Möglichkeiten haben. Aber nicht alle Kinder sind gleichberechtigt, wenn es um die Schule geht. Manche Kinder werden benachteiligt: Zum Beispiel Kinder mit Behinderungen, Kinder mit Migrationshintergrund oder Kinder, die in armen Familien leben. Außerdem gibt es in vielen Schulen nicht genug Lehrer*innen. Deshalb fällt dort oft der Unterricht aus.

Viele Schüler*innen leiden unter Schulstress. Schulstress kann viele Ursachen haben, zum Beispiel hoher Leistungsdruck durch Eltern oder Lehrer*innen und Angst vor schlechten Noten. Auch Mobbing in der Schule und in den sozialen Medien können Kinder und Jugendliche belasten.



Was heißt Migrationshintergrund?

Viele Menschen mit Migrationshintergrund sind im Ausland geboren und später nach Deutschland gezogen. Eine Person hat auch dann einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst in Deutschland geboren ist, aber ein Elternteil oder ein Teil der Großeltern aus dem Ausland kommt.

Konkrete Hausaufgaben für Deutschland sind zum Beispiel:

1. Alle Kinder sollen einen gleichberechtigten Zugang zu Schulen haben. Das muss auch gelten für asylsuchende, geflüchtete und von Migration betroffene Kinder, Kinder mit Behinderungen und Kinder aus Familien mit wenig Geld.
2. Kinder mit Behinderungen sollen zusammen mit Kindern ohne Behinderungen lernen können und dabei eine passende Unterstützung bekommen.
3. Es muss an den Schulen in Deutschland genug Lehrer*innen geben, damit eine gute Bildung für alle Kinder und Jugendlichen möglich ist. Die Ursachen für den Stress von Schüler*innen müssen in den Schulen besser erkannt und bekämpft werden.
4. Die Themen Mobbing und Cybermobbing von Kindern und Jugendlichen sollen stärker aufgearbeitet werden.
5. Kinder und Jugendliche sollen im Schulunterricht mehr über Menschen- und Kinderrechte lernen. Deshalb sollen diese Themen als Bildungsziel in die Schulgesetze der Bundesländer aufgenommen werden.



Spiel und Freizeit

Kinder und Jugendliche haben nicht nur ein Recht auf Bildung. Sie haben auch ein Recht auf Spiel, Freizeit und Erholung. Dafür müssen sie genug Freiräume bekommen. Freiräume sind Orte und Zeiträume ohne konkrete Vorgaben, die Kinder und Jugendliche selbst gestalten können.

Konkrete Hausaufgaben für Deutschland sind zum Beispiel:

1. Kinder sollen ausreichend Zeit haben, um zu spielen und für Freizeitaktivitäten, wie zum Beispiel Sport oder das Lernen eines Musikinstruments. Dabei ist es wichtig, dass sie an solchen Aktivitäten freiwillig teilnehmen. Der Hauptgrund dafür soll nicht sein, dass sie deswegen bessere Noten bekommen können oder die Aufnahme für eine bestimmte Schule schaffen.
2. Kinder sollen mitbestimmen können, wenn eine Stadt oder Gemeinde Orte für Kinder neu plant oder umbaut.

Flucht und Migration

In Deutschland leben viele Menschen mit Migrationshintergrund. Migrationshintergrund heißt, dass ein Mensch aus einem anderen Land kommt. Oder mindestens ein Elternteil kommt aus einem anderen Land. Auch für Kinder mit Migrationshintergrund gilt die Kinderrechtskonvention, sie haben also die gleichen Rechte.

Manche Kinder, Jugendliche und ihre Familien kommen nach Deutschland, weil sie aus ihrer Heimat flüchten. Zum Beispiel weil sie in ihrer Heimat Gewalt, extreme Armut oder Umweltkatastrophen erleben. In der Kinderrechtskonvention steht, dass sie besonders geschützt werden müssen. Leider gibt es aber immer wieder Berichte über Erfahrungen mit Rassismus und Diskriminierung (siehe S. 13), also dass geflüchtete Kinder und Jugendliche schlechter behandelt werden. Zum Beispiel haben sie manchmal Probleme, wenn sie in einer bestimmten Schule oder Kita aufgenommen werden möchten.

Konkrete Hausaufgaben für Deutschland sind zum Beispiel:

1. Die Aufnahmezentren für geflüchtete Menschen in Deutschland sollen kinderfreundlich sein. Geflüchtete Kinder sollen direkt die Möglichkeit bekommen, in eine Schule oder Kita zu gehen, wenn sie in Deutschland angekommen sind.
2. Geflüchtete Kinder sollen passende Informationen und juristische Beratung bekommen. Ihre Meinung ist wichtig und soll beachtet werden.
3. Geflüchtete Kinder und Kinder mit Migrationshintergrund sollen nicht von ihren Eltern getrennt werden. Zum Beispiel, wenn ihre Eltern keine Erlaubnis zum Aufenthalt in Deutschland haben und ausgewiesen werden sollen.
4. Geflüchtete Kinder und Kinder mit Migrationshintergrund sollen nicht mehr von der Polizei festgenommen werden, wenn ihre Eltern keine Erlaubnis zum Aufenthalt in Deutschland haben.

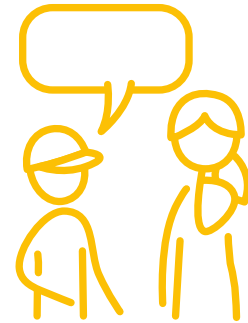


Was sind Aufnahmezentren?

Manche Menschen fliehen aus ihren Heimatländern und suchen Schutz in Deutschland. Wenn die geflohenen Menschen in Deutschland eintreffen, dann kommen sie zuerst in ein Aufnahmezentrum. Dort bekommen sie Hilfe und Schutz, bis klar ist, wie es für sie weitergeht. Manchmal müssen geflüchtete Menschen sehr lange in den Aufnahmezentren warten. Oft sind diese Zentren nicht gut ausgestattet für Kinder und Familien.

Meinung und Beteiligung

Alle Kinder und Jugendlichen haben ein Recht darauf, dass sie angehört und bei Entscheidungen beteiligt werden. Sie sollen mitreden und mitbestimmen können. Das ist besonders wichtig bei Fragen und Themen, die Kinder und Jugendliche selbst betreffen. Das gilt zu Hause, in der Schule, in der Kita und bei politischen Fragen, zum Beispiel bei Entscheidungen im Stadtteil oder in der Nachbarschaft. Dieses Kinderrecht auf Mitbestimmung hat die Bundesregierung auch in der Jugendstrategie festgehalten. Das ist ein Plan dazu, wie Kinder und Jugendliche in unserer Gesellschaft mitbestimmen sollen.



Manchmal müssen Kinder auch an Gerichtsverfahren teilnehmen. Zum Beispiel vor dem Familiengericht, wenn sich ihre Eltern trennen und sich um das Sorgerecht für die Kinder streiten. Kinder sollen auch hier ihre Meinung sagen dürfen. Und diese Meinung muss berücksichtigt werden.

Konkrete Hausaufgaben für Deutschland sind zum Beispiel:

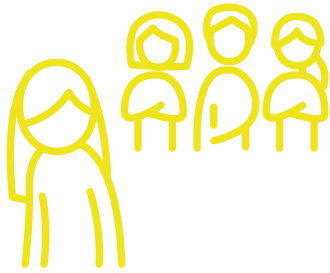
Was ist die Jugendstrategie?

Die Jugendstrategie ist ein Plan der Bundesregierung, mit dem sie die Interessen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen stärken möchte. Vor allem aber sollen junge Menschen mitreden und mitbestimmen können. Die Grundsätze der Jugendstrategie sind:

- Jugend beteiligen,
- Jugend sichtbar machen,
- gemeinsam Verantwortung übernehmen.

1. Alle Kinder sollen in Gerichtsverfahren ihre Meinung äußern können und angehört werden, wenn die Entscheidungen der Richter*innen sie selbst betreffen. Das soll auch für Kinder unter 14 Jahren gelten und für alle Arten von Gerichtsverfahren. Außerdem müssen Gerichtsverfahren so verändert werden, dass Kinder und Jugendliche sie verstehen und dort teilnehmen können.
2. Wenn Behörden Entscheidungen zum Leben von Kindern und Jugendlichen treffen, dann sollen sie die Meinung der Kinder und Jugendlichen in Zukunft stärker beachten. Das betrifft zum Beispiel Entscheidungen des Jugendamtes.

Diskriminierung



Alle Menschen sollen gleich behandelt werden und niemand darf benachteiligt werden. Trotzdem werden Menschen manchmal unterschiedlich behandelt. Das betrifft auch Kinder und Jugendliche. Manche von ihnen werden schlecht behandelt oder gemobbt, zum Beispiel wegen ihrer Hautfarbe oder ihrer Religion. Man sagt dazu auch: Sie werden diskriminiert.

Kinder und Jugendliche werden manchmal in der Schule benachteiligt. Das betrifft hauptsächlich Kinder und Jugendliche aus anderen Ländern oder aus armen Familien. Aber auch Kinder mit Behinderungen werden in der Schule diskriminiert.

Eine konkrete Hausaufgabe für Deutschland ist zum Beispiel:

Es darf in Deutschland keine Diskriminierung von Kindern in der Schule und Kita geben. Das betrifft besonders diese Gruppen von Kindern und Jugendlichen:

- asylsuchende, geflüchtete und von Migration betroffene Kinder und Jugendliche
- Kinder und Jugendliche aus Sinti*zze und Rom*nja-Familien und aus anderen Minderheiten
- Kinder mit Behinderungen
- LGBTI-Kinder und Jugendliche
- Kinder aus armen Familien

Was sind Sinti*zze und Rom*nja?

Sinti*zze und Rom*nja ist die gegenerte Mehrzahl von Roma und Sinti. Das sind zwei Minderheiten. Eine nationale Minderheit beschreibt eine Gruppe, die in Deutschland lebt und auch die deutsche Staatsangehörigkeit hat. Die Menschen haben aber eine eigene Sprache, Kultur, Geschichte und Identität. Sinti*zze und Rom*nja sprechen neben Deutsch meistens Romanes als zweite Muttersprache. Sie sind oft von Diskriminierung betroffen.

Was ist LGBTI?

LGBTI ist die Abkürzung für die englischen Wörter Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender und Intersexual. Das heißt auf Deutsch: Lesbisch, Schwul, Bisexuell, Transgender und Intersexuell. Die Abkürzung LGBTI bezeichnet also Menschen, die eine andere sexuelle Orientierung oder eine andere Geschlechtsidentität haben. Bei LGBTQIA+ steht das Q für queer und das A für asexuell. Es gibt aber noch mehr sexuelle Orientierungen und Identitäten. Dafür steht das +.



Wohl des Kindes

Das Wohl des Kindes oder das „Kindeswohl“ ist ein wichtiger Grundsatz der Kinderrechtskonvention. Kindeswohl heißt, dass es einem Kind körperlich und geistig gut geht. Das Wohl des Kindes ist besonders wichtig. Bei allen Entscheidungen über die Lebenssituation von Kindern muss man beachten, dass es Kindern und Jugendlichen damit gut geht.

Konkrete Hausaufgaben für Deutschland sind zum Beispiel:

1. Der Grundsatz des Kindeswohls soll überall da angewendet werden, wo es um Entscheidungen zur Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen geht. Das betrifft zum Beispiel Maßnahmen und Programme zur Unterstützung und zur Bildung für Kinder und Jugendliche. Außerdem müssen alle Personen das Kindeswohl beachten, wenn sie Gesetze für Kinder und Jugendliche machen oder in der Verwaltung und am Gericht mit Kindern und Jugendlichen zu tun haben.
2. Fachleute für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen müssen gut geschult sein, damit sie das Kindeswohl gut einschätzen können.

Kinder und Jugendliche mit Behinderung

Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung sollen die gleichen Rechte haben. Das steht in der Kinderrechtskonvention und in der Behindertenrechtskonvention. Kinder und Jugendliche sollen in ihrem Leben gute Erfahrungen machen können. Sie sollen an allen Aktivitäten teilnehmen können, wenn sie das selbst möchten. Vor allem Inklusion in der Schule ist für Kinder mit Behinderung sehr wichtig.

Inklusion in der Schule bedeutet: Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderungen lernen in der Schulklasse zusammen. Niemand wird dabei ausgeschlossen. Wie viele inklusive Schulen es gibt, ist in jedem Bundesland in Deutschland anders.



Konkrete Hausaufgaben für Deutschland sind zum Beispiel:

1. Alle Kinder mit Behinderungen sollen eine passende Unterstützung bekommen. Alle Familien sollen wissen, wie und wo sie diese Unterstützung für ihr Kind finden.
2. Kinder mit Behinderung sollen überall in Deutschland eine gute Schulbildung bekommen und dabei eine passende Unterstützung haben.

Was ist die Behindertenrechtskonvention?

Menschen mit Behinderung soll es gut gehen. Deshalb haben die Vereinten Nationen die Behindertenrechtskonvention geschrieben. Das ist eine Art Vertrag, in dem die Rechte von Menschen mit Behinderung aufgeschrieben wurden. Fast alle Länder auf der ganzen Welt haben diesen Vertrag unterschrieben.

Armut und soziale Sicherheit

Alle Kinder haben das Recht, in „sozialer Sicherheit“ aufzuwachsen. Das bedeutet: Sie sollen so viel zum Leben haben, wie sie brauchen und nicht in Armut leben. Kinderarmut hat große Folgen für das weitere Leben der Kinder. Wenn ihre Familien mit ganz wenig Geld auskommen müssen, dann können Kinder und Jugendliche nicht überall mitmachen und dabei sein.



Deutschland ist insgesamt ein reiches Land. Trotzdem gibt es viele Kinder und Jugendliche, die arm sind oder von Armut bedroht sind. Sie können dann finanzielle Hilfen vom Staat bekommen. Diese Unterstützung mit Geld soll sicherstellen, dass die Kinder Kleidung, Essen und einen Platz zum Wohnen haben. Außerdem sind die Hilfen auch für Bildung gedacht.

Konkrete Hausaufgaben für Deutschland sind zum Beispiel:

1. Es soll in Deutschland ein Plan erarbeitet werden, mit dem man die Hauptursachen von Kinderarmut bekämpfen kann. Alle Kinder sollen einen angemessenen Lebensstandard haben.
2. Diese Kinder und Jugendliche müssen beim Thema Kinderarmut und den staatlichen Hilfen besonders beachtet werden: Kinder aus benachteiligten Familien, Kinder mit Migrationshintergrund oder Fluchterfahrung, Kinder ohne dauerhafte Aufenthaltserlaubnis und Kinder von alleinerziehenden Eltern.



Umwelt

In der Kinderrechtskonvention gibt es kein Recht auf eine gesunde Umwelt. Aber Kinder und Jugendliche haben das Recht darauf, bestmöglich aufzuwachsen. Dazu gehört auch eine gesunde Umwelt. Die Klimakrise ist eine große Bedrohung und Herausforderung für alle Menschen. Deshalb fühlen sich viele Kinder und Jugendliche in ihrem Leben heute und für die Zukunft bedroht. Der Ausschuss findet, dass noch mehr für den Schutz der Umwelt gemacht werden sollte und hat im Jahr 2023 dazu einen Leitfaden veröffentlicht. Dieser Text mit Empfehlungen zum Handeln hat den Titel „Allgemeine Bemerkung 26“. Darin steht, wie die UN-Staaten die Rechte von Kindern im Umweltbereich besser schützen sollen. Und was die Staaten, also auch Deutschland, gegen die Klimakrise tun müssen.

Konkrete Hausaufgaben für Deutschland sind zum Beispiel:

1. Es muss in Deutschland mehr Maßnahmen und Programme zum Umweltschutz und zum Klimawandel geben, welche auch die Bedürfnisse und Sichtweisen von Kindern beachten.
2. Kinder und Jugendliche sollen in der Schule lernen, was der Klimawandel ist und was sie selbst zum Schutz der Umwelt und des Klimas beitragen können. Damit das funktioniert, muss der sogenannte „Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung“ mit genügend Geld und Personal ausgestattet werden.
3. Die Wirtschaftsbetriebe und Privathaushalte in Deutschland müssen es schaffen, weniger Treibhausgase zu erzeugen.
4. Es muss genau untersucht werden, welche Auswirkungen der Klimawandel auf Kinder und Jugendliche hat. Nur dann kann man etwas gegen diese Auswirkungen tun.

Was sind Treibhausgase?

Rund um die Erde befindet sich die Atmosphäre. Das ist eine dicke Luftschicht. In dieser Luftschicht befinden sich sogenannte Treibhausgase. Die Sonne strahlt auf die Erde und erwärmt sie. Die Erde reflektiert die Strahlung und wirft sie zurück in die Atmosphäre. Die Treibhausgase sorgen dafür, dass ein Teil der Strahlung erneut zur Erde zurückgeworfen wird und so die Erde weiter erwärmt. Dieser natürliche Treibhauseffekt ist sinnvoll und wichtig. Die Menschen produzieren aber zu viele Treibhausgase. Dadurch wird die Atmosphäre immer weniger durchlässig, mehr Strahlung wird reflektiert und die Erde wird immer wärmer. Das ist der menschengemachte Treibhauseffekt, der schädlich ist und zu Klimaveränderungen auf der Erde führt.

Politische Maßnahmen

Politiker*innen machen Regeln und Gesetze, damit die Rechte von Kindern und Jugendlichen auch wirklich beachtet werden. Der Kinderrechtsausschuss findet aber: Es muss noch mehr solcher Regeln und Gesetze in Deutschland geben.



Was ist das Grundgesetz?

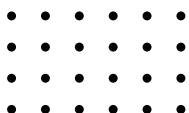
Das Grundgesetz ist die Verfassung von Deutschland. Darin stehen die wichtigsten Regeln und Gesetze, die für das Zusammenleben wichtig sind. Alle Menschen in Deutschland müssen sich daran halten.

Konkrete Hausaufgaben für Deutschland sind zum Beispiel:

1. Die Kinderrechte sollen im Grundgesetz stehen.
2. Die Politiker*innen müssen so handeln, dass alle Themen aus der Kinderrechtskonvention bearbeitet werden. Die Regeln für dieses Handeln müssen in einer Kinderrechtsstrategie aufgeschrieben werden, die in ganz Deutschland, gelten soll.

Es muss bekannt sein, wie es den Kindern und Jugendlichen in Deutschland geht. Dafür müssen Kinder und Jugendliche befragt werden. Die Ergebnisse dieser Befragungen müssen dann zusammen mit anderen Daten in Berichten veröffentlicht werden.

3. Deutschland muss für die Umsetzung der Kinderrechte genug Geld einplanen.



Impressum



Gefördert vom:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

© National Coalition Deutschland -
Netzwerk zur Umsetzung der UN-
Kinderrechtskonvention e.V., Berlin 2023

Steinstr. 13
D - 10119 Berlin
Tel.: +49 (0)179 40 388 73
Mail: info@netzwerk-kinderrechte.de
www.netzwerk-kinderrechte.de

Redaktion:

Cora Ripking und Kirsten Schweder

Aufbereitung in Einfacher Sprache:

capito Berlin – Büro für barrierefreie Information

Prüfung von Text und Grafik durch Jugendliche:

Ella M., Emilia N., Irmela M.

Illustration, Layout, Satz:

Alex Schulz

Die National Coalition Deutschland wird
aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans
des Bundes gefördert.